

„Prekäre Arbeit - prekäres Leben?“

Hartz IV und seine Auswirkungen bleiben auch im neuen Jahr das Hauptthema der Montagsdemos. An ein paar einfachen Zahlen, die sich zumeist im Cent-Bereich bewegen, wird die prekäre Situation der ALG-II-Empfänger und ihrer Kinder deutlich. Doch da sich die unsoziale Politik der Regierung nicht auf Hartz IV beschränkt, muss die Montagsdemo auch andere soziale und politische Themen aufgreifen: Leiharbeit und Praktika, Zeitverträge und soziale Integration, sowie die neuen Formen unsicheren Lebens und Auswirkungen auf Individuen, Familien und Gesellschaft.

Hartz IV verdeutlicht, dass viele Löhne und Gehälter viel zu niedrig sind!

Der Nettolohn (ca. **1.531,- €**) einer Vollzeitkraft im Einzelhandel verheiratet zwei Kinder 12 und 14 Jahre alt, reicht z.B. nicht aus, um eine vierköpfige Familie über das Hartz IV-Niveau (**1729,- €**) zu heben. Das geht nur mit Wohn- und Kindergeld. Wie dies folgerichtig auch Kollege Harald Fiedler (DGB-Frankfurt), in seiner Ansprache beim Einzel- und Versandhandel-Streik vor dem Kaufhaus Karstadt, am Fr. 02. Nov. 2007, zum Ausdruck brachte. (siehe Kasten unten)

Im Bauarbeiterstreik vom Juni 2002, wurde für *einfache ungelernete Tätigkeiten*, einen gesetzlichen Mindestlohn von 10,36 € je Stunde West und 8,95 € Ost erstreikt <http://superkurz.de/j2>

Die 30-Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich und der geforderte Mindestlohn von wenigstens **10,- €** je Stunde ist also gar nicht so „illusorisch und desorientiert“, wie manche Funktionäre versuchen zu desorientieren. Es kann nicht angehen, dass qualifizierte Tätigkeiten geringer entlohnt werden sollen (7,50 €), als einfache ungelernete Tätigkeiten am Bau (10,36 €).

Unser Wirtschaftssystem geht über Leichen!

Aus der **Frankfurter Rundschau** vom 15. März 2000 waren folgende arrogante Ansichten eines Managers zu entnehmen: „Wir werden den Sanierungsbeitrag Brutal und Rücksichtslos durchsetzen.“ Konrad Hinrichs, Vorstandsvorsitzende der Philipp Holzmann AG. Hinrichs' Leitlinie ist es, mit weniger eigenen Beschäftigten mehr Leistung zu erbringen. „Manpower, Ingenieurwissen und Maschinen müsse man da einkaufen, wo sie am billigsten sind: Vor allem bei ausländischen Subunternehmer. Das gilt nicht nur für Bauarbeiter, sondern auch für Ingenieure.“ Seine Grundhaltung fasste der neue Vorstandssprecher so zusammen: „Macht hat den Vorzug, sich nicht mehr mit jedem **Dummkopf** herumschlagen zu müssen.“

Der Holzmann-Konzern, die Kirsch-Gruppe, Walter Bau, AEG, BenQ, Nokia und der Maschinenbaukonzern Babcock sind die markanteste Beispiele dafür, das Verzicht bzw. länger arbeiten für weniger Geld, bislang keinen einzigen Arbeitsplatz gerettet oder geschaffen hat.

Aus der Broschüre „**ARM TROTZ ARBEIT?**“ ist einerseits zu entnehmen, dass die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten gemeinsam mit ver.di einen gesetzlichen Mindestlohn fordert, von zunächst 7,50 € pro Stunde der Schrittweise auf 9,00 € steigen soll. <http://www.mindestlohn.de>

Andererseits wird aber bemängelt, dass bei einer durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 38,5 Stunden, ein Stundenlohn von 7,50 € einem Bruttomonatsverdienst von rund 1.250 €, bzw. Netto (StKla 1) ca. **916,- €** entspricht. Entspricht also Hartz IV-Niveau. **Brutto-Netto-Rechner:** <http://biallo.aol.de/aol/gehaltsoptimierer/>

Die Nettomonatssumme für eine alleinstehende Person in Frankfurt am Main könnte z.B. wie folgt ausschauen: Regelleistung (Alg II) **347,- €** zuzüglich Unterkunft und Heizung für 45 m², **495,- €**, entspricht **842,- €** bzw. Brutto (StKl. 1, KirchSt, KrankV, RentV, PflV, ArbIV) ca. **1.120,- €**

Alleinerziehende Person: Regelleistung **347,- €**, 2 Kind unter 14. LJ 2 x **208,- €** zuzüglich **125,- €** Mehrbedarfe und einer Bruttowarmmiete von **542 €** (Richtwert bis 75 m², s. Wikipedia) entspricht eine Nettomonatssumme, einschließlich Kindergeld (weil abzugsfähiges Einkommen) von **1430,- €**

Vier Personen-Haushalt: Partner/in ab Beginn des 19. LJ, je **312,- €**, Kind unter 14. LJ **208,- €**, Kind über 14. LJ **278,- €**, zuzüglich eine Bruttowarmmiete von **619 €** (Richtwert bis 90 m², s. Wikipedia) entspricht eine Nettomonatssumme, einschließlich Kindergeld (weil abzugsfähiges Einkommen) von **1729,- €**

Die Werte für die Bruttowarmmiete werden in jeder Gemeinde anders festgelegt, da Finanzierung und Verantwortung allein bei den kommunalen Trägern (Städte, Landkreise) liegen.

Weitere Info unter http://de.wikipedia.org/wiki/Arbeitslosengeld_II#Kosten_der_Unterkunft_und_Heizung und „**Kein Lohn unter 10 €!**“ www.rhein-main-buendnis.de/mindestlohn/mindestlohn_071116-1.pdf

„Solidarität“ ist keine romantische Idee, sondern eher ein **Kampfbegriff...**

Die Arbeiterbewegung hat die Erfahrung auf den Punkt gebracht, dass nur durch Zusammenstehen berechnete soziale Forderungen durchzusetzen sind. (...).“

Bischof Franz Kamphaus, auf eine ökumenische Betriebsräte-Informationsveranstaltung vom Nov. 1996.

Seit 1999 fordern aber ausgerechnet jene „Solidarität“, die darunter verstehen, sich an Kosten-senkungsstrategien der Kapitaleigner zu beteiligen, Hartz IV zu verteidigen, Arbeitsplätze zu streichen, Gehälter bis zu 30 % zu senken und das Rentenalter auf 67 Jahre zu belassen.

„Die Rente mit 67 ist unsozial und eine Verhöhnung von dem, was die Mehrheit der Bevölkerung will. An diese Sünde werden wir die Regierungsparteien bei der Bundestagswahl 2009 erinnern! (...). Ob Gesundheitsreform, Kombilöhne oder Hartz IV, Unternehmenssteuerreform, Rente mit 67, die Leidtragender Reformen sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.“ (Klaus Wiese, **IG BAU**)

Über 200.000 Kolleginnen und Kollegen haben eindrucksvoll am 21. Oktober 2006 bundesweit demonstriert, was sie von den „Reformen“ halten. Wenn Warnstreiks 100.000er Gewerkschafter, vom Februar 2007, die Regierung nicht zum Einlenken brachten, müssen wir weitere und härtere Kampfformen ins Auge fassen.

Als z.B. Berlusconi das Rentenalter von 60 auf 65 Jahren anheben wollte, haben in Italien über zehn Millionen Menschen mit einem Generalstreik die Rentenpläne zu Fall gebracht.

In Frankreich musste die Regierung nach Massenstreiks und Demonstrationen ihr Gesetz zur Aufhebung des Kündigungsschutzes zurückziehen.

Zeigen wir also wie sich „Dummköpfe“ (Hinrichs) wehren können – und das die „Dummköpfe“, die alle Steuern (auch "Unternehmenssteuern" sowie die unverschämten Gehälter der Spitzenmanagern) erwirtschaften, mehr Wert sind, als nur einen Sack Zement!

Weg mit Hartz IV, reguläre Arbeitsplätze brauchen wir!

Ausbau des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors zur Umwandlung von 1-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu einem gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 10 € je Stunde, wie dies folgerichtig auch auf die Fachtagung der GEW Hessen, am 2. Juli 2007, im Frankfurter Gewerkschaftshaus gefordert wurde <http://superkurz.de/nb>

Die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit auf Kosten der Profite erfordert jedoch

- die 30-Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich!
- Herabsetzung des gesetzlichen Rentenalters für Männer auf 60 und für Frauen auf 55 Jahren.

Bei gleichem Produktionsumfang würde allein Deutschland rechnerisch, zusätzlich Rund 8 Millionen Arbeitsplätze benötigen. Höchste Zeit also für neue Zeiten! 6-Std/Tag, von Mo-Fr.

Kommt daher alle zur Montagsdemo gegen Sozialabbau und Dumpinglöhne, jeden Montag 18 Uhr, Frankfurter Hauptwache

Die Montagemonstrationen werden von einem breiten überparteilichen, gleichberechtigten Bündnis auf der Basis des Kampfes gegen Hartz IV und Agenda 2010 getragen. Während der Demonstration und der Kundgebung gibt es ein offenes Mikrofon. Die Diskussion soll sachlich, gleichberechtigt und solidarisch geführt werden.

Damit viele zu Wort kommen, können die Beiträge nicht länger als 3 Minuten sein. Faschistische, rassistische oder frauenfeindliche Äußerungen werden nicht geduldet. Alle Entscheidungen werden demokratisch durch die Montagemonstrierenden getroffen und durch die Koordinierungsgruppe vorbereitet. In der Koordinierungsgruppe kann jeder mitarbeiten, der die o.g. Prinzipien der Frankfurter Montagsdemonstration anerkennt. Die Koordinierungsgruppe trifft sich im Anschluss an der Demo im: wird vor Ort entschieden.

Um wirkliche Überparteilichkeit zu wahren, müssen sich die Montagemonstrierenden auch selbst finanzieren. Deshalb werden Spenden gesammelt. Über die Verwendung der Spenden wird auf jedem Koordinierungstreffen Rechenschaft abgelegt.

V.i.S.d.P.: S. Marinello, Mitgl. der IG BAU, Tel.: 069-459530, www.qualm-nix.de/Arbeit.htm E-Mail: [smarinello\(at\)qualm-nix.de](mailto:smarinello(at)qualm-nix.de)
<http://www.bundesweite-montagsdemo.com/>